

GREVENBROICH

JÜCHEN
AMTLICHES MITTEILUNGSBLATT DES RHEIN-KREISES NEUSS

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Zahl der Ausschüsse soll sinken

In den Fachgremien wird in der Regel das diskutiert, was später im Rat entschieden wird. Um Doppelungen zu vermeiden, soll das Sitzungsprogramm gestrafft werden. Die Verhandlungen sind fast abgeschlossen. Neuigkeiten gibt es bei der Ratskooperation - und auch bei den Linken.

VON CHRISTIAN KANDZORRA

GREVENBROICH Gefühl befindet sich das politische Grevenbroich derzeit in einem „Vakuum“ zwischen den Ratsperioden. In seiner letzten Sitzung am Donnerstag wird der Rat in alter Konstellation nicht viel Neues beschließen. Im Hintergrund aber laufen die Vorbereitungen für den Start in die nächste Ratsperiode. Besonderes Augenmerk gilt den Fachausschüssen, bei denen es gravierende Änderungen geben wird.

Warum ist das wichtig? In den Gremien diskutieren die Politiker öffentlich und sprechen Empfehlungen für ein späteres Votum im Rat aus. Damit sind die Ausschüsse ein bedeutender Teil der politischen Landschaft. Durch sie werden Verfahren nachvollziehbar, Entscheidungen transparent. Und Bürger können sich in den öffentlichen Sitzungsteilen eigene Eindrücke verschaffen. Viele Themen, die im Stadtrat teils schnell abgearbeitet werden, werden vorher in den Ausschüssen ausführlich behandelt.

Wie viele Ausschüsse es in der neuen Ratsperiode geben wird und wer den einzelnen Fachgremien vorsitzen soll, wird aktuell federführend von den Chefs der beiden größten Ratsfraktionen verhandelt: von Daniel Rinkert (SPD) und Wolfgang Kaiser (CDU). „Wir sind in den Endzügen der Verhandlungen“, sagt Rinkert. Der neu gewählte Stadtrat kommt zum ersten Mal am 20. November zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Dann sollen die 50 Mitglieder (mit Bürgermeister 51) auch über die Ausschuss-Angelegenheiten entscheiden. Rinkert lässt durchblicken: In der neuen Ratsperiode wird es deutlich weniger Ausschüsse geben.



Die allermeisten Ausschusssitzungen finden im Bernardussaal neben dem Alten Rathaus statt.

ARCHIVFOTO: LBER

Bisher zählt der Rat neben Pflichtausschüssen acht freiwillige Fachausschüsse (für Innenstadt, Kultur, Planung, Soziales, Strukturwandel, Feuerschutz, Schulen und Sport) und dazu zwei Beiräte der Stadtbetriebe (Bauen und Umwelt). Wie Rinkert erklärt, gibt es aber einige Themenüberschneidungen, beispielsweise in den Ausschüssen für Strukturwandel und Planung. Um dies zu vermeiden, sollen Ausschüsse zusammengelegt werden. Dem Vernehmen nach sollen es von November an nur noch fünf freiwillige Ausschüsse sein. Welche genau, ist noch nicht offiziell.

Dazu kommen die Pflichtausschüsse, zu denen der Hauptausschuss genauso zählt wie der Wahlausschuss oder etwa der Jugendhilfeausschuss. Wie der für Ratsangelegenheiten zuständige Fachdienstleiter Stephan Renner erläutert, ist das in der NRW-Gemeindeordnung genau geregelt. Neu ist: Es muss nun auch einen Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration geben, der sich zu zwei Dritteln aus jenen neun Personen bildet, die bei der Wahl zum Integrationsrat gewählt wurden.

Wie unsere Redaktion erfuhr, müssen für insgesamt acht Ausschüsse

Vorsitzende gewählt werden, in einem Fall wird auch die AfD zum Zuge kommen. Über die einzelnen Posten soll in der ersten Ratssitzung entschieden werden, im Zweifel einzeln. Rinkert geht davon aus, dass die meisten Ausschüsse 21 Mitglieder zählen werden. An den Mehrheitsverhältnissen im Rat orientiert, sollen die einzelnen Fraktionen Mitglieder benennen.

Was die Arbeit im Rat betrifft, streben SPD, FDP, Grüne und Mein Gre-

venbroich ein Vierer-Bündnis an. „Wir verhandeln derzeit einen Kooperationsvertrag“, sagt der SPD-Fraktionschef. Mit Bürgermeister Klaus Krützen (ebenfalls SPD) hätte dieses Bündnis eine knappe Mehrheit (26 von 51 Sitzen). In dem Vertrag wollen die vier Partner die Regeln ihrer Zusammenarbeit festhalten und einen politischen Kurs definieren. Die CDU (15 Sitze, wie die SPD) wird Oppositionsarbeit betreiben. Die AfD

(sieben Sitze) wird wohl ohne Kooperationspartner agieren müssen. Gleiches gilt für die Fraktion der Linken. Letztere wird voraussichtlich ein weiteres Mitglied für sich gewinnen: Wie Sprecherin Beate Blum-Rajebi bestätigte, möchte Lisa Granderath, die für die Satirepartei „Die Partei“ in den Rat gewählt wurde, den Linken beitreten. Seriositätsbedenken hegt die Fraktion nicht. Sie könnte künftig mit drei Sitzen vertreten sein.

Drei Vize-Bürgermeister sollen Klaus Krützen vertreten

GREVENBROICH (cka) Wenn Bürgermeister Klaus Krützen (SPD) in den vergangenen fünf Jahren mal verhindert war, konnte er auf zwei Stellvertreter zählen: auf Edmund Feuster beziehungsweise Philipp Bolz (SPD) sowie auf Peter Cremerius (FDP). In der neuen Ratsperiode soll es nicht mehr nur zwei, sondern drei Stellvertreter des Bürgermeisters geben. Auch die CDU soll zum Zuge kommen.

Auf Nachfrage unserer Redaktion bestätigt SPD-Fraktionschef Daniel Rinkert, dass es künftig drei Vertreter sein sollen – einer von der SPD, einer von der CDU und einer von der FDP. Grund dafür ist die Vielzahl an Terminen, die der Rathaus-Chef und seine Stellvertreter wahrnehmen müssten. Zwei Männer als Unterstützer reichten nicht mehr. Gefragt sind die Vize-Bürgermeister, um die Stadt bei allen möglichen Anlässen zu vertreten – vom Ehejubiläum bis hin zum Schützenfest. Gewählt werden sollen die drei in der konstituierenden Sit-

zung des neuen Stadtrats am 20. November, 18.30 Uhr, im Bernardussaal. Wer wird antreten? Die SPD möchte erneut Philipp Bolz ins Rennen schicken, der erst im Mai 2025 zum ersten stellvertretenden Bürgermeister gewählt worden war – als Ersatzmann für seinen wenige Wochen zuvor verstorbenen Parteikollegen Edmund Feuster. Auch Peter Cremerius von der FDP, die womöglich im neuen Rat mit SPD, Grünen und Mein GV kooperiert, möchte dem Vernehmen nach seine Arbeit fortsetzen.

bleibt die Frage, wer für die CDU kandidiert. Auf Nachfrage erklärt Parteichefin Heike Troles, dass die Fraktion am 6. November zusammenkommt, um die noch offenen Vorstandsposten zu besetzen. Bei dieser Sitzung soll auch geklärt werden, welches CDU-Mitglied künftig die Stadt Grevenbroich in Vertretung des Bürgermeisters repräsentieren wird. Zu Details mag sie sich nicht äußern. Eine nahegelegene Personalie: Tim

Heidemann, der sich am 14. September im Rennen um den Chefposten im Rathaus gegenüber Klaus Krützen geschlagen geben musste. Möglicherweise ergreift er die Chance, bisher ist das aber nur Mutmaßung. Heidemann hatte nach der Wahl deutlich gemacht, als Ratsherr weitermachen zu wollen. In seinem Bezirk hatte er ein Direktmandat geholt.

Dass der Termindruck der einzige Grund dafür ist, künftig drei Vize-Bürgermeister einzusetzen, wird hinter vorgehaltener Hand von manchen angezweifelt. Blicke es wie bisher bei zwei Stellvertretern, würden SPD und CDU als die beiden größten Fraktionen im Rat wohl jeweils einen Posten für sich selbst in Anspruch nehmen. Tatsächlich steht der Wahl dreier Stellvertreter laut Hauptsatzung der Stadt nichts im Wege, wie Stephan Renner von der Verwaltung erläutert. Darin steht, dass zwei Stellvertreter gewählt werden müssen – und weitere gewählt werden können.

INFO

FDP als neuer Player im Bündnis

Mehrheit Die Fraktionen von SPD, FDP, Grüne und Mein Grevenbroich hätten im neuen Rat eine knappe Mehrheit, mit der sie sich gegen Stimmen von CDU, AfD und Linkspartei durchsetzen könnten.

Rückblick Bereits im alten Rat hatte es eine Kooperation gegeben – ein Dreier-Bündnis aus SPD, Grünen und Mein Grevenbroich. Die FDP, teils auch die UWG, hatte dem Bündnis zu Mehrheiten verholfen. **Neumitglied** Kommt nun ein Kooperationsvertrag mit der FDP für die neue Ratsperiode zustande, wäre die Fraktion der „Vierte im Bunde“, die zuvor eher informell geführte Zusammenarbeit würde festigt.

RWE will mit Partnern neue Pläne für Werksbahnnetz schmieden

Es geht um Perspektiven für das riesige Werksbahnnetz: Ab Mitte der 2030er-Jahre soll es anders genutzt werden. Die Rede ist von 300 Kilometern Gleise.

GREVENBROICH (cka) Was tun mit 300 Kilometern Gleisnetz mitten in NRW? Vor dieser Frage steht RWE. Der Energiekonzern betreibt mit seiner Werksbahn eines der größten privaten Eisenbahnnetze Deutschlands und sucht für die Zeit nach dem Kohleausstieg eine Folgenutzung – konkret ab dem Jahr 2036, wenn keine Braunkohle und auch kein Abraum mehr über die Schienen transportiert werden müssen. Wie der Konzern am Dienstag mitteilte, hat sich RWE Power mit vier Partnern (alleamt Bahnnetzbetreiber) zusammengeschlossen, um neue Pläne zu schmieden. Erste Konzepte sollen

ab der zweiten Jahreshälfte 2026 erarbeitet werden.

Die Partner an der Seite von RWE Power sind die Aktiengesellschaft „Häfen und Güterverkehr Köln“, die Gesellschaft „Neuss-Düsseldorf-Häfen“, die Rath-Gruppe sowie die Bahn-Tochter „DB InfraGo“. Alle fünf haben bereits damit begonnen, gemeinsam die künftige Nutzung des RWE-Werksbahnnetzes zu prüfen. Einzelne Abschnitte könnten auch schon vor dem Jahr 2036 anderweitig genutzt werden, RWE wird seine eigene Bahn-Infrastruktur aber noch bis zum Jahr 2035 für die Rekultivierung benötigen.



Weite Teile des Werksbahnnetzes sind elektrifiziert, die Spurweite ist mit der des öffentlichen Netzes identisch.

FOTO: RWE

Ziel der Zusammenarbeit ist es, das Werksbahnnetz der RWE Power nach Betriebsende für mögliche Nachnutzungen auszurichten „und Möglichkeiten für den öffentlichen Schienenverkehr zu prüfen und zu eröffnen“, wie es heißt. Dabei soll es auch um tragfähige Finanzierungsmodelle gehen. „Die Partner wollen damit einen wesentlichen Beitrag zum Strukturwandel im Rheinischen Revier leisten.“ Wie RWE weiter mitteilte, sollen durch den Erhalt und die Weiterentwicklung der bestehenden Infrastruktur nachhaltige Mobilitätslösungen geschaffen und neue Impulse für die wirtschaftliche Ent-

Pogromnacht: Mahnwache und Ausstellung geplant

GREVENBROICH (yak) Zum Gedenken an die Pogromnacht vom 9. November 1938 organisiert die Projektgruppe „KKG – Gegen das Vergessen“ der Käthe-Kollwitz-Gesamtschule in diesem Jahr mehrere Aktionen in der Innenstadt. Wie jedes Jahr findet am Sonntag, 9. November, um 11 Uhr eine Mahnwache am Synagogenplatz statt. Im Anschluss folgt ein kurzer Gedenkmarsch, der an die Ereignisse von damals erinnern und ein Zeichen gegen Antisemitismus und das Vergessen setzen soll.

Neu ist in diesem Jahr eine Kunstausstellung von Schülern der KKG, die thematisch an die Novemberpogrome anknüpft. Die Werke sind schon ab Samstag, 8. November, im Atelier E1 in der Innenstadt (Am Markt 16) zu sehen – zunächst im Rahmen der Grevenbroicher Kulturnacht, dann auch am Gedenktag selbst. Einige Arbeiten werden zudem in der Christuskirche ausgestellt, wo Pfarrer und Podcaster Christoph Borries ab 19.30 Uhr ebenfalls an das historische Datum erinnern wird.

Lehrer und Projektleiter Thomas Jentjens kam bei der Vorbereitung der Kulturnacht mit dem Atelier E1 in Kontakt – daraus entstand die Idee, die Schülerarbeiten auch dort öffentlich zu zeigen. „Die Ausstellung bietet den Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Eindrücke künstlerisch auszudrücken und sichtbar zu machen“, so Jentjens. Einige Werke sind durch Erlebnisse während Exkursionen entstanden. So hat eine Schülerin nach dem Besuch des Konzentrationslagers Auschwitz ein Bild gemalt, das die dort ausgestellten Schuhe zeigt. Darüber steht in großen Buchstaben: „We remember“ („Wir erinnern uns“).

Zum Abschluss der Gedenkveranstaltungen werden im Atelier außerdem erste Entwürfe für ein geplantes Holocaust-Mahnmal vorgestellt. Das Mahnmal ist Teil eines schulübergreifenden Kunst- und Geschichtsprojekts, getragen von der Projektgruppe und dem Geschichtsverein Grevenbroich. Begleitet und gefördert wird das Vorhaben unter anderem durch das Landesprogramm „Heimat-Zeugnis“.

„Uns war es wichtig, die junge Generation aktiv einzubeziehen“, betont Ulrich Herlitz vom Geschichtsverein. Eine Jury aus Vertretern der Stadtgesellschaft soll nach Abschluss der Entwurfsphase entscheiden, welcher Vorschlag schließlich umgesetzt wird. Wenn alles nach Plan verläuft, könnte das Mahnmal bereits im kommenden Jahr auf dem Synagogenplatz errichtet werden.

wicklung der Region gesetzt werden.

Grundlage für die Zusammenarbeit sind Untersuchungen und Studien des NRW-Verkehrsministeriums, die bereits im Juni Vertretern von Kommunen und Bahnunternehmen vorgestellt worden waren. RWE hatte unserer Redaktion im August gesagt, dass man sich perspektivisch von dem Gleisnetz trennen, aber eine Zerstückelung vermeiden wolle. Die Werksbahn umfasst konkret die Nord-Süd-Kohlebahn (Garzweiler und mehr) sowie die Hambachbahn. Es gibt vier Anschlusspunkte an das öffentliche Netz, unter anderem bei Gustorf und Rommerskirchen.